

Entschließungsantrag

des Bundesrates Steiner, Ofner, Spanring
und weiterer Bundesräte
betreffend Rücktritt der Bundesregierung

eingebraucht im Zuge der 951. Sitzung des Bundesrates, am 16. März 2023, in der Debatte über die Dringliche Anfrage des Bundesrates Christoph Steiner, Josef Ofner und weiterer Bundesräte an den Bundeskanzler betreffend Österreich 2023 – Dringliche Anfrage zur Zukunft von Bundeskanzler Karl Nehammer

Die Versagensliste der Bundesregierung:

1. Das Versagen den Terroranschlag vom 2. November 2020 nicht verhindert zu haben
2. Versagen beim Grenzschutz gegen illegale Migration, weil Kontrollen, Schikanen und Strafanzeigen gegen Bürger wichtiger scheinen (Höchstwert von Asylanträgen mit über 100.000 Anträgen und kein Rückgang im Jänner 2023 im Vergleich zu Jänner 2022)
3. Kaum bis keine Abschiebung von illegalen Migranten und Migranten mit negativem Bescheid mit Vorstrafen wegen Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Mord, Totschlag, Raub usw. (z.B. Fall Leonie)
4. Abschieben der Verantwortung auf die EU in Fragen der illegalen Migration
5. Massiver Anstieg von Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben gegenüber Frauen (speziell: Frauenmorde)
6. Rücksichtsloses und gewaltbereites Verhalten gegenüber Blaulichtorganisationen von illegalen Migranten und Asylwerbern (Linzer Krawallnacht)
7. Unverhältnismäßige Vorgehen gegen Bürger bei der Durchsetzung der teilweise verfassungs- und gesetzeswidrigen Corona-Maßnahmen (als Beispiel: Durchsuchung einer Handtasche einer Mutter, die für ihr Kind in einem Supermarkt Schulhefte kaufte)
8. Befehl an die Polizei massiv mit Einkesselung sowie mit willkürlichen Strafanzeigen gegen die eigenen Bürger, die gegen die Grund- und Freiheitsrechte einschränkenden Maßnahmen der Bundesregierung demonstrierten, vorzugehen
9. Hinauszögern der Auszahlung von Corona-Fördergelder an viele Corona-Maßnahmengeschädigte EPU's und KMUs, obwohl schon vor Monaten beantragt
10. Keine Rückzahlung von Strafen, die aufgrund von verfassungswidrigen Gesetzen und gesetzeswidrigen Verordnungen von den Bürgern eingehoben wurden

11. Schikane von unbescholtenen Bürgern, die ihrem verfassungsmäßig gewährten Freiheitsrechten (politischen Rechten) der Versammlungsfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung nachgingen
12. Denunzierung und Herabwürdigung namhafter Wissenschaftler und Experten, die der Regierungspropaganda und der Maßnahmenpolitik der Regierung und der bezahlten Regierungsmedien widersprachen
13. Verbreitung von Fake-News, um Polizeieinsätze zu rechtfertigen und dadurch Angst und Panik in der Bevölkerung zu schüren und um diese zu spalten („Sturm des Parlaments“ und „Sturm“ auf ein Versicherungsgebäude)
14. Nicht zu rechtfertigende Schulschließungen und Anstieg von Suizid-Fällen bei Kindern und Jugendlichen aufgrund der schikanösen Einschnitte in ihre Bewegungs- und Entfaltungsfreiheiten durch überbordende Corona-Maßnahmen
15. Impfpflicht, obwohl schon bekannt war, dass die Impfstoffe gegen Omikron nicht wirken
16. Leugnung von Impfschäden durch Corona-mRNA-Impfungen
17. Regierung schickt die Bevölkerung in den Lockdown und feiert beim ORF eine After-Show-Corona-Party
18. Aufrechterhaltung der COVID-19-Maßnahmen, obwohl ersichtlich war, dass der schwedische Weg zur Coronabekämpfung der richtige war
19. Ausgaben von knapp 5 Milliarden Euro für Corona-Tests und Vernichtung von Millionen abgelaufener Corona-Impfdosen
20. Steuergeldverschwendung durch Überbestellung von FFP2-Schutzmasken (z.B. Justizministerium 1,3 Millionen Masken zu viel)
21. Keine Versöhnung mit den Betroffenen der Coronamaßnahmen
22. Inkaufnahme von tiefen Gräben innerhalb der Gesellschaft und Zerrüttung von Familien
23. Ausgaben von 225 Mio. Euro im Jahr 2021 und 201 Mio. Euro im Jahr 2022 für Regierungspropaganda in verschiedenen Medien
24. Explosion von Energie- und Treibstoffpreisen. Treibstoff wird zum Luxusgut und Wohnen wird unleistbar
25. Erhöhung der Steuerlast durch CO2-Steuer und Erhöhung der KFZ-Steuer
26. Profit der türkis-grünen Regierung durch enorme Steuermehreinnahmen und Dividenden, während Heizen und Autofahren unleistbar wird

27. Teuerung von Nahrungsmitteln, insbesondere Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Butter Fleisch, Eier, Gemüse, Salat, Topfen usw.
28. Mehrkosten laut Schätzungen von ungefähr 557 Euro pro Haushalt im Jahr 2022 durch Teuerung
29. Kündigung und/oder Erhöhung der Energiepreise (z.B. EVN Kündigung von 300.000 Kunden und TIWAG Erhöhung der Energiekosten)
30. Türkis-grünes Tohuwabohu bei Umsetzung des Energiekostenausgleichs
31. Klimabonus für Asylwerber und Kriminelle
32. Keine rechtzeitige Einführung eines Gaspreisdeckels
33. Einführung einer Haushaltsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle österreichischen Haushalte
34. Belastung der heimischen Wirtschaft und Gefährdung von Arbeitsplätzen durch dramatische Energiepreissituation
35. Vernichtung des Wirtschafts- und Industriestandorts Österreich durch die Sanktionspolitik gegen Russland
36. Aufgabe der Neutralität Österreichs, um der Nato und der USA zu gefallen mit damit zusammenhängender Verunmöglichung von Österreich als möglichen Verhandlungsort für Friedensgespräche
37. Unleistbares Wohnen durch Erhöhung der Richtwertsätze und Weigerung einer Mietpreisbremse
38. Versenkung von Zwangsgebühren der österreichischen Bauern in sinnbefreite Marketingmaßnahmen und Bürokratie (AMA)
39. Fünfzehn Regierungsumbildungen in nicht einmal 2 ½ Jahren
40. Drei Bundeskanzler innerhalb eines Jahres

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse Österreichs, dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt und den der Bundesregierung anzubieten.“


(Skiera)


(OFNER)

Gescanntes Original


(SPANRING)